

Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität. Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa. Hrsg. v. Krisztina Mänicke-Gyöngyösi.

Peter Lang, Frankfurt/M. et al. 1996, 396 S.

Der von den wenigsten Osteuropa-Experten vorhergesehene Epochenumbruch von 1989 hat zu einer mittlerweile fast unübersehbaren Flut von Publikationen geführt, in der in einer Art nachholender Kompensation wenn schon nicht die Prognose, so zumindest die Diagnose über den aktuell verlaufenden Transformationsprozeß erfolgt. Hieran sind vor allem Soziologen, Ökonomen und Historiker beteiligt, doch auch in anderen Disziplinen läßt sich ein verstärktes Interesse an einer Region beobachten, die nun unter veränderten Rahmenbedingungen in das Blickfeld Westeuropas gerät.

Ein aus der Vielzahl der Publikationen positiv herausragender Band liegt – trotz zunächst leicht abschreckendem Titel – mit dem hier vorzustellenden vor, der von Ansätzen symbolischer Politik ausgehend sich zentralen, transformationsbedingten Problembereichen zuwendet. Pauschal betrachtet läßt sich der Transformationsprozeß in den osteuropäischen Ländern in drei zentrale Teilbereiche untergliedern: Übergang zur Demokratie, Übergang zur Marktwirtschaft und die kulturelle Neudefinition nationaler Identität. Die Beiträge des vorliegenden Bandes untersuchen nun allerdings weniger die realen sozioökonomischen Prozesse, als vielmehr die Diskurse über diese. Analysiert wird somit der Partizipationsdiskurs und damit die Frage nach den Möglichkeiten politischer Mitbestimmung, wobei Aspekte der Dekommunisierung wie der Lustration involviert sind, der Privatisierungsdiskurs als Frage nach den nationalen wie persönlichen (ökonomischen) Chancen und der Diskurs der (Re-)Konstruktion nationaler Identität¹.

Der Beitrag von Jiří Nekvapil² analysiert in fundierter Weise die Entwicklung der tschechischen Presse-Landschaft nach 1989, wobei das Interesse auf den sprachlichen Änderungen liegt. Neben der Reinterpretation politischer Ausdrücke, die auf der Basis positiver oder negativer vor-89er Konnotationen nun neu dechiffriert werden (z. B. Kapitalismus), findet der politische Wandel vor allem in einem neuen Wortschatz seinen signifikantesten Ausdruck. Alte Lexeme verschwinden, werden reinterpretiert, neue Lexeme finden Eingang in den politischen Diskurs. Die sich im Kontext der Neukonstitution interpretativer Rahmen herausbildende neue Symbolik, die den frei gewordenen semiotischen Raum nun ausfüllt, wird anhand von zentralen politischen Wende-Termini untersucht: (*sanfte*) *Revolution*, *Totalität*, *alte Seilschaften*, *Anständigkeit*.

Ausgehend von der Diskurstheorie Foucaults untersucht Juraj Baláz³ den Lustrationsdiskurs, wie er sich in tschechischen und slowakischen Medien formulierte. Im Vordergrund stehen für ihn Fragen der Diskursstrategie und -interpretation, die sich gerade im Blick auf die internen und externen Regeln der Diskurskontrolle offenbaren.

Den tschechischen Privatisierungsdiskurs analysiert Zdenka Mansfeldová⁴, wobei die unterschiedlichen Positionen des Privatisierungsweges, wie sie zwischen der Gruppe um Václav Klaus und der um Valtr Komárek vorlagen, deutlich werden. Trotz aller anfänglichen Gemeinsamkeiten, vor den Juni-Wahlen 1990 dominierte noch der Selbstverwaltungsgedanke, unterschieden sich die beiden erwähnten Konzeptionen nach Tempo und Art der Privatisierung, wobei diese frühe Phase des ökonomischen Umbaus generell von Unsicherheit gekennzeichnet ist: „Der gesamte Zeitraum zwi-

¹ Der Band umfaßt auch Beiträge zu Polen und Ungarn, wegen des inhaltlichen Spektrums dieser Zeitschrift sollen hier primär die Arbeiten vorgestellt werden, die sich mit der Entwicklung in Tschechien und der Slowakei befassen.

² Nekvapil, Jiří: Tschechische Medien und Mediensprache nach dem Regimewechsel, S. 93–118.

³ Baláz, Juraj: Eine sanfte Dekommunisierung? Der Lustrationsdiskurs nach der „sanften Revolution“ in den tschechischen und slowakischen Medien, S. 163–181.

⁴ Mansfeldová, Zdenka: Privatisierungsstrategie, institutionelle Konfliktregelung und Symbolisierung im tschechischen ökonomischen Diskurs, S. 241–257.

schen 1991 und 1992 ist als Übergangssituation zu charakterisieren. Die Wirtschaftspolitik war von einem unübersehbaren Gesetzgebungsprozeß mit ständig wechselnden Koalitionen und politischen Akteuren und sich verändernden Programmen bestimmt. Diese Situation erfordert andere Akteure als im Jahr 1990. Formell gesehen dominierten nach wie vor die Dissidenten, allerdings verloren sie an Anziehungskraft für die Bevölkerung, weil die Diskrepanz zwischen den von ihnen vertretenen Ansprüchen und der Realität deutlich wurde. Es drängten diejenigen Akteure nach, die die Werte der sich neu konstituierenden Wirtschaftsmacht vertraten, also ‚neue Leute‘ und Technokraten, bei denen schwer zu unterscheiden war, wer von ihnen aus der ‚alten‘ oder der ‚neuen‘ Struktur kommt. Es ist nicht klar, wie die neue wirtschaftliche Machtstruktur genau aussieht und wie in ihrem Rahmen das Auslandskapital sowie europäische und kommunistische ‚Mafiosi‘ agieren.“ (S. 255).

Dem Diskurs um die kulturelle Neudefinition nationaler Identität nähern sich zwei Beiträge von Lubomír Brokl und Juraj Baláž. Die Situation in der ČSFR wird dabei zunehmend von den auf Trennung abzielenden Kräften in beiden Ländern dominiert, wobei Brokl⁵ diesen Ablösungsprozeß in einen größeren historischen Kontext einbettet – in den innertschechischen Diskurs über die „Nichtselbstverständlichkeit“ der Nation, wie er bei František Palacký, Hubert Gordon Schauer und Tomáš G. Masaryk zu finden ist. Ausgehend vor allem von exemplarischen Reden des Präsidenten Havel sowie aktuellen Umfragen verfolgt Brokl die Diskussion um die Herausbildung einer neuen tschechischen Identität nach den Brüchen von 1989/90 und 1992/93: „Grundlegende konstitutive Werte des tschechischen Staates sind im Bewußtsein unserer Bürger [...] repräsentiert von: 1. der politischen Demokratie der ČSR zwischen beiden Weltkriegen, 2. der tschechisch-slowakischen Gegenseitigkeit, 3. dem Prager Frühling 1968, 4. der aktuellen Wirtschaftsreform.“ (S. 335)

Der Trennung von Tschechen und Slowaken nähert sich auch Baláž⁶ in einem zweiten Beitrag. Hierbei wird der Verlauf des Trennungsdiskurses vom slowakischen Sprachengesetz 1990 bis hin zum „Bindestrich-Krieg“ rekonstruiert: „Es ist zu spüren, daß die zwei europäisierenden Mobilisierungsstrategien, die nationalistische in der Slowakei und die wohlstandspatriotische in Tschechien, die Hürden für ein Zusammenleben unüberwindbar machen würden. Die Folge der quasi parallel laufenden Diskurse ist Trennung.“ (S. 352) Der Tschechoslowakismus-Diskurs dagegen wurde mehr und mehr marginalisiert: „Die Ursache mag darin liegen, daß der Tschechoslowakismus schon längst durch die Republiken institutionell entmachtet war und seine Symbole, vor allem in der Slowakei, keine integrative Funktion ausfüllen konnten.“ (S. 353) Zu wünschen wäre nur gewesen, den beiden den Trennungsprozeß aus eher tschechischer Perspektive analysierenden Beiträgen auch einen mit slowakischer Perspektive gegenüberzustellen, da so ein leichtes Ungleichgewicht in der Bewertung separativer Tendenzen entsteht.

Jena

Steffen Höhne

⁵ Brokl, Lubomír: *Institutionalisierung und Deutungsmuster der tschechischen nationalen Identität nach dem November 1989*, S. 317–336.

⁶ Baláž, Juraj: *Kreation der Selbständigkeit. Der Diskurs über die nationale Identität bei Tschechen und Slowaken*, S. 337–356.